

Atomenergie: Europa steigt aus

Eine europäische Energiewende ist möglich

Nicht nur in Deutschland – in ganz Europa deuten die Zeichen auf ein baldiges Ende der Atomenergie hin. Ob wirtschaftliche, ökologische oder gesundheitliche Aspekte – die Atomindustrie verliert mittlerweile in allen wesentlichen Punkten gegen die erneuerbaren Energien.

Das Versprechen der Atomenergie in den 1950er Jahren war einfach und überzeugend: „Electricity too cheap to meter“ – Strom, so billig, dass man keinen Stromzähler mehr brauchen würde. Die Realität im Jahr 2017 ist eine andere: Atomstrom ist teurer als alle anderen Formen der Energieproduktion. Wenn man die hohen Baukosten von Atomreaktoren, die Produktion von spaltbarem Uran und die Ewigkeitskosten der Atommüllversorgung mit einrechnet, hat Atomstrom wirtschaftlich keine Chance gegenüber fossilen und erneuerbaren Energien. Während ein Watt aus einer Photovoltaikanlage heute nur noch etwa 0,30 US-Dollar kostet, kostet ein Watt aus einem Atomreaktor mittlerweile sieben Dollar. Die aktuellen Pläne für den neuen britischen Atomreaktor Hinkley

Point C sehen sogar einen Wattpreis von elf US-Dollar vor. So werden nicht nur in Großbritannien die Rufe nach Subventionen für neue Atomkraftwerksprojekte lauter. In der Schweiz zum Beispiel versuchen aktuell einflussreiche Milliardäre wie Daniel Aegerter, zwielfältige NGOs wie Energy for Humanity und die Schweizer Volkspartei, den Niedergang der Atomindustrie aufzuhalten. Stromkunden und Steuerzahler sollen für die massiven Mehrkosten aufkommen, die eine Renaissance der Atomenergie unweigerlich mit sich bringen würde.

Dabei stecken sechs Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima viele der weltweit agierenden Atomkonzerne in einer tiefen Krise. Sei es der französische Staatskonzern EDF oder RWE und E.ON in Deutschland – der Wertverlust von Aktienpapieren im Atomsektor war in letzter Zeit beeindruckend. Der französische Atomkonzern Areva musste gar Insolvenz anmelden und mit Steuergeldern gerettet werden. Ehemalige Platzhirsche im Atomgeschäft wie Siemens oder Toshiba beschlossen, ganz aus dem Geschäft mit neuen AKWs auszusteigen.

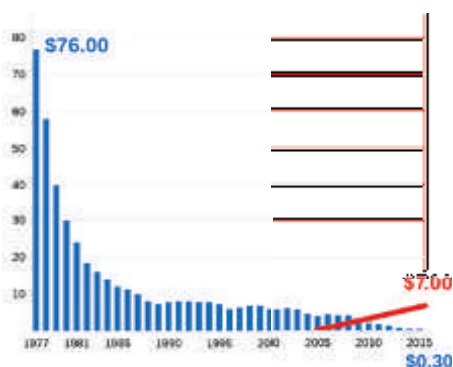
Gesamtleistung von über 50 Gigawatt gebaut und Laufzeitverlängerungen im Umfang von weiteren 86 Gigawatt durchgeführt werden. Modellrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaft zeigen jedoch, dass Atomkraft bis 2050 aus dem europäischen Strommix verschwinden würde, wenn es nur nach ökonomischen Kostenerwägungen ginge.

Atomenergie hat im Klimaschutz nichts zu suchen

Angebliche Graswurzelorganisationen wie Nuclear for Climate oder Energy for Humanity arbeiten zurzeit intensiv an Kampagnen, die der Bevölkerung weismachen sollen, dass Atomenergie für den Klimaschutz gebraucht wird. Getragen werden diese Organisationen von der Atomindustrie, die unter dem Deckmantel von NGOs ihr Geschäftsmodell aggressiv verteidigen will – notfalls eben auch mit einem grünen Anstrich. Dass durch eine hypothetische Renaissance der Atomkraft der globale CO₂-Ausstoß kaum merklich beeinflusst werden könnte, hat sich dabei längst als Lüge entpuppt.

Atomenergie bleibt ein Sicherheitsrisiko

Die meisten der laufenden AKWs in Europa sind alt geworden: Zurzeit sind 127 Reaktoren in 14 EU-Staaten am Netz. Deren



Die Preisentwicklung von Solarzellen aus Silikon und Atomstrom (rot) in US-Dollar pro Watt seit 1977.



ANTI-ATOM-PROTEST IN HINKLEY POINT, ENGLAND 2011

Foto: Campaign for Nuclear Disarmament / CC BY 2.0

Durchschnittsalter liegt in den meisten Ländern deutlich über 25 Jahren. Nur zwei Reaktoren gingen nach 2000 ans Netz – Temelín in Tschechien in 2002 und Cernavoda in Rumänien 2007. Tatsächlich sind es jedoch noch weniger, denn im Oktober 2016 musste der französische Staatskonzern Électricité de France (EDF) rund ein Drittel der französischen Atomreaktoren für Sicherheitsüberprüfungen vom Netz nehmen. Es war bekannt geworden, dass der Stahl für die Druckbehälter und Dampferzeuger mangelhaft hergestellt wurde und zu rissanfällig war. Wie EDF dieses grundlegende Problem langfristig lösen will, ist noch völlig unklar.

Grenzübergreifende Initiativen für einen baldigen europäischen Atomausstieg

Die deutsche Anti-Atom-Bewegung hat mit der Herbeiführung eines breiten gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg eines ihrer wesentlichen Ziele erreicht. Doch um echte Sicherheit zu gewährleisten, müssen nicht nur die deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden, sondern alle Atomreaktoren in Europa. Jeder einzelne der 127 derzeit laufenden Reaktoren in Europa stellt an jedem Tag eine Gefahr für alle Menschen in Europa dar. Die deutsche IPPNW kann eine konstruktive Rolle dabei spielen, den europäischen Atomausstieg voranzutreiben.

Erste Priorität sollten dabei die besonders gefährlichen maroden AKWs in Grenznähe haben: Doel und Tihange in Belgien, Fessenheim und Cattenom in Frankreich, Leibstadt und Beznau in der Schweiz und Temelín in Tschechien. Schon jetzt haben sich grenznahe Initiativen aus Deutschland mit französischen, belgischen und schweizerischen Gruppen zusammenschlossen, um gemeinsam den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie zu befördern. Sehr erfolgreich sind die Gruppen rund um Aachen, die zusammen mit belgischen Gruppen für die Schließung der Atomreaktoren in Doel und Tihange kämpfen. Sogar die Bundesregierung hatte von Belgien die Schließung der AKWs Doel 3 und Tihange 2 gefordert – bislang ohne nennenswerten Erfolg.

Die niedersächsischen und nordrhein-westfälischen Anti-Atom-Bewegungen erarbeiteten daraufhin eine Strategie, wie Deutschland konstruktiv zur Schließung beitragen könnte: Nicht nur AKWs, auch deren Zulieferbetriebe – die Brennelementefabrik Lingener und die Urananreicherungsanlage Gronau – müssten in den Atomausstieg eingeschlossen werden. Laut einem Gutachten der Umweltschützerin Cornelia Ziehm, das die IPPNW in Auftrag gegeben hatte, könnten die Lieferungen von Brennelementen nach Belgien und Frankreich rechtssicher beendet werden. Aber auch im süddeutschen Raum ist eine

weitaus engere Zusammenarbeit zwischen deutschen, französischen und schweizerischen Initiativen zur Abschaltung von Fessenheim, Cattenom, Beznau und Leibstadt möglich. Neben den bereits kooperierenden IPPNW-Gruppen in Freiburg und Basel ist auf den Trinationalen Atomschutzverband hinzuweisen, der bisher schon umfangreiche Expertise zur Stilllegung von Fessenheim und den schweizerischen AKWs angefertigt hat.

Atomausstieg in Europa: Durch Kooperation mit deutschland- und europaweit agierenden Anti-Atom-Initiativen und unserer medizinischen Expertise werden wir es schaffen!

Ausführliche Quellen zu diesem Artikel unter: www.ippnw.de/bit/ausstieg-europa



Angelika Claußen ist europäische Vizepräsidentin der IPPNW.



Alex Rosen ist stellvertretender IPPNW-Vorsitzender.